

13. AUG. 1965

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

2/XX/51

Bonn, den 10. August 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 2

Alpdruck Lastenausgleich

68

CDU/CSU + FDP negehn sich an der Wahrheit vorbei  
Von Willi Jäger

2

Deutsche Nobelpreisträger wollen protestieren

24

Bonn bremst Förderung der Wissenschaft

3

Hat Schweden in Genf das Ei des Kolumbus entdeckt ?

68

Erweiterung des Moskauer Teststoppabkommens ohne Kontrollinspektionen  
Von Pierre Simonitsch; Genf

4 - 6

Katholische Kirche und SPD - Wandlung auf beiden Seiten 226

Eine Verständigung wird kommen  
Interview mit Waldemar von Knoeringen  
Mitglied der SPD-Regierungsmannschaft

+ + +

### Alpdruck Lastenausgleich

CDU/CSU + FDP mogeln sich an der Wahrheit vorbei

Die öffentliche Diskussion um den Lastenausgleich geht weiter. Die 18. Lastenausgleichsnovelle ist zum Wahlkampfthema geworden. Bei der Bundesregierung, vor allen aber in den Parteibüros der CDU und CSU hagelt es Proteste der enttäuschten und empörten Heimatvertriebenen, Sowjetzonenflüchtlinge und Fliegergeschädigten. Der FDP ist es offensichtlich durch ihre Zweigleisigkeit gelungen, sich über die Runden zu mogeln. Sie hat sich durch einen formalen Antrag eines Drittels ihrer Fraktion sozial gebärdet, ließ aber ihren Parteifreund Dr. Dahlgrün, den Bundesfinanzminister, erklären, weitere Verbesserungen im Lastenausgleich seien "unverantwortlich". Ihnen kommt dabei das Wohlwollen des Vorsitzenden des BAV-Lastenausgleichsausschusses zugute.

Die Unionsparteien sind schlechter dran, sie suchen krampfhaft nach einer Rechtfertigung ihres Umfalls. Ihr Appell an die Parteidisziplin blieb ohne die erhoffte Resonanz. In Sindelfingen, wo vor einer Woche die Bundesvertretung des Bundes der Vertriebenen eine Protest-Entscheidung wegen der radikalen Kürzung der 18. LAG-Novelle faßte, erwiesen sich die Parteimitgliedsbücher durchaus nicht als Rettungsringe für die CDU und CSU. In Bonn beriet das CDU-Präsidium, was in dieser Lage zu tun sei. Parteivorsitzender Adenauer, der während der Beratung des umstrittenen Lastenausgleichsänderungsgesetzes beharrlich geschwiegen hatte, meldete sich plötzlich im Pressedienst seiner Partei und versprach den Geschädigten, er werde dafür sorgen, daß im neuen Bundestag alsbald eine 19. Lastenausgleichsnovelle beschlossen wird. Sinngemäß äußerte sich auch Fraktionsvorsitzender Dr. Barzel, und nicht nur die Geschädigten fragen sich, warum die CDU/CSU im Juli für die Streichung von Lastenausgleichsverbesserungen eintritt, die sie angeblich vier Monate später bewilligen möchte. Es geht immerhin um mindestens fünf Milliarden D-Mark.

So wenig wie diese Versprechungen wird den Unionsparteien das Argument abgenommen, sie hätten durch die Annahme des Vermittlungsvorschlages die 18. LAG-Novelle gerettet. Hatten doch schon am Morgen des 23. Juli, ehe im Bundestag über die vom Vermittlungsausschuß vorgeschlagenen rigorosen Kürzungen abgestimmt wurde, die Geschädigtenverbände dutzendfach telegrafisch um Ablehnung des Vermittlungsvorschlages gebeten. Im Übrigen bringt die 18. LAG-Novelle in der jetzt beschlossenen Fassung nur einen Teil der Unterhaltshilfe-Verbesserungen, die von den Sozialdemokraten vor anderthalb Jahren bei der 17. Novelle beantragt und von den Koalitionsparteien abgelehnt worden waren.

Ein weiterer Versuch der Christdemokraten, den schwarzen Peter loszuwerden, ist geradezu amüsant. Hamburgs Bürgermeister Prof. Weichmann habe im Bundesrat die anderen Länder beeinflusst, den Vermittlungsausschuß anzurufen, behaupten sie. Zuviel der Ehre! Es wäre sicher das erste Mal, daß sich die der CDU/CSU angehörenden Ministerpräsidenten von einem sozialdemokratischen Kollegen derart hätten beeinflussen lassen. Da Berlin kein Stimmrecht hat, verfügen die sozialdemokratisch geführten Länder im Bundesrat nur über 15, die von der CDU/CSU regierten Bundesländer dagegen über 26 Stimmen. Außerdem enthielt sich Niedersachsen der Stimme.

Wie konsequent die Unionsparteien in den Länderregierungen die vom Bundestag zunächst beschlossene, auf 7,6 Mrd. DM bezifferte Novelle

ablehnten., wurde besonders in Baden-Württemberg deutlich. Dort brachten Christ- und Freie Demokraten im Landtag einen sozialdemokratischen Antrag zu Fall, durch den die Anrufung des Vermittlungsausschusses verhindert werden sollte. Mit Vehemenz plädierte auch Baden-Württembergs Finanzminister Dr. Müller als Berichterstatter des Finanzausschusses im Bundestag für die A b l e h n u n g des Bundestagbeschlusses, während sich Berlins Sozialsenator, der Sozialdemokrat Kurt Exner, als Mitberichterstatler für die Zustimmung aussprach. Der Präsident des Hamburger Senate, Bürgermeister Weichmann, verhand mit dem Streit um die 18. Lastenausgleichsnovelle eine scharfe Kritik an der Finanzpolitik der Bundesregierung, die es trotz ungezügelter Aufforderungen bis heute unterlassen hat, eine Bestandsaufnahme des Lastenausgleichsfonds vorzunehmen. Auf die Reserven des Fonds kommt es aber entscheidend bei der Weiterentwicklung des Lastenausgleichs an.

+ + +

### Deutsche Nobelpreisträger wollen protestieren

#### Bonn bremst Förderung der Wissenschaft

F.K. - Unsere Wissenschaft ist in der Klemme. Die Bundesregierung will ihr im kommenden Jahr den Geldhahn kleindreher. Die bereits um Längen benachteiligte deutsche Wissenschaft wird im Wettrennen mit den leistungsstarken Konkurrenten in Ost und West noch weiter zurückfallen. Daran kann hierzuland niemandem gelegen sein. Unsere Forscher schaffen die Voraussetzungen für ein besseres Leben. Wer ihre Arbeit vernachlässigt und hemmt, der gefährdet Wohlstand und Lebensstandard. Dieser Groschen ist in Bonn anscheinend noch nicht gefallen. Sonst wäre es wohl kaum möglich, daß der Bund ausgerechnet jetzt bei Forschung und Lehre den Rotstift ansetzen will. Gewiss, man hat sich im Aufgaloop des Wahlkampfes finanziell veräußert mit Versprechungen an manche Interessenverbände. Steuererhöhungen möchte man natürlich trotzdem vermeiden. Aber so geht es nun auch nicht. Die Ausichten der Wissenschaft für 1966 sind schlecht. Nur ein Beispiel von vielen anderen: Der Wissenschaftsrat hatte rund eine halbe Milliarde beantragt, um mit diesem Geld begonnene Hochschulbauten unter Dach und Fach zu bringen. Die Bundesregierung gab Mühl zu verstehen, daß man bestenfalls mit der Hälfte rechnen könne. Von einer Beteiligung des Bundes an Hochschul-Neugründungen redet kein Mensch mehr. Die deutschen Nobelpreisträger bereiten einen Protest gegen die schwache Wissenschaftspolitik der Regierung Erhard vor. Er sollte breite Unterstützung finden. Der Bundeskanzler läßt die besorgt bei ihm vorstellig gewordenen Rektoren wie dumme Jungen auf Antwort warten. Ein miserabler politischer Stil!

+ + +

Hat Schweden in Genf das Ei des Kolumbus entdeckt ?

Der Resolutionsbeschluss der UNO-Abrüstungskommission in New York beauftragte die Genfer Abrüstungskonferenz mit der dringlichen Behandlung von zwei Punkten: Abschluss eines Nichtverbreitungsvertrags für Atomwaffen und Ausweitung des Moskauer Teststoppabkommens auf unterirdische Atomversuche. Die erstgenannte Angelegenheit stößt sich bekanntlich an der gegensätzlichen Einschätzung der MLF, die zweite an der Frage der Kontrollinspektionen. Während die Russen behaupten, derartige Inspektionen seien infolge der wissenschaftlichen Fortschritte auf dem Gebiet der Seismologie unnötig, bestehen die Amerikaner auf einer gewissen Anzahl von direkten Inspektionen jährlich - "zwischen null und sieben", die in Zweifelsfällen die Sachlage zu klären hätten.

Beide Seiten harren auch hier auf ihrem Standpunkt. Der sowjetische Abrüstungsboss Zarapkin lehnt sogar die Bildung einer speziellen Expertengruppe ab, welche auf Anregung einiger Delegierten die letzten wissenschaftlichen Erkenntnisse unter die Lupe nehmen sollte.

Eine Vermittlerrolle könnten hier die Schweden, die der Achtzehnerkomitee ebenfalls angehören, spielen. Sie wollen der Konferenz einen Plan unterbreiten, "der aber von der Regierung noch nicht voll unterstützt wird", wie sich der schwedische Botschafter, Frau Alva Myrdal, vorsichtig ausdrückte. In Wirklichkeit ist die interessante Idee zumindest halboffiziell, da sie an der letzten Pugwash-Konferenz in Venedig (an den Pugwash-Konferenzen diskutieren in regelmäßigen Abständen führende Wissenschaftler aus Ost und West hinter verschlossener Türen über Gegenwartsprobleme) von einem Diplomaten unterbreitet wurde. Die Schweden gehen von der Voraussetzung aus, daß unterirdische Atomversuche von weniger als einer Kilotonne Sprengkraft aus 10 000 Kilometer Entfernung mit Sicherheit identifiziert werden können. Kein Land wäre groß genug, die von Atomversuchen herrührenden Erdstöße auf dem eigenen Territorium zu absorbieren. Wenn sich also alle interessierten Staaten zu einem "Detection Club" zusammenschließen und die in ihren nationalen Observatorien gemachten Aufzeichnungen einer Zentrale zuleiten würden, könnte man einen Vertrag auf Verbot der unterirdischen Atomversuche ohne Inspektionsklausel abschließen. Das bisher unveröffentlichte schwedische Memorandum umfaßt fünf Punkte:

1. Alle an der Aufstellung einer tatsächlichen Teststoppkontrolle interessierten Staaten sollen die Möglichkeit ins Auge fassen, ihre seismologischen Bemühungen auf die Entdeckung und Aufzeichnung von kleinen Erdbeben auszudehnen und dabei die in der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit gebräuchliche Standardisierung beachten. Ein Teil oder die Gesamtheit der registrierten Daten sollen veröffentlicht werden. Vor allem Länder mit seismologisch vorteilhaften Regionen sollen auf diesen Territorien moderne Beobachtungen errichten. Auch die Beteiligung von solchen Ländern, die bereits ein weltweites Beobachtungsnetz unterhalten und den "Klub" nicht unbedingt benötigen, wäre von großem Wert. - 2. Der Internationale Rat Wissenschaftlicher Vereinigung (ICSU) soll bei der Ausarbeitung einer Operations- und Datenstandardisierung mithelfen und die interessierten Parteien sowie die Meteorologische Weltorganisation in ihrem Gebrauch beraten. - 3. Die Meteorologische Weltorganisation soll die Übermittlung der von den Observatorien des "Detection Club" erzielten Daten mittels ihres Telekommunikationsnetzes gestatten. - 4. Eine seismologische Zentrale soll die verschiedenen Daten sammeln und auf verlangen Kopien ausstellen. Die Experten der verschiedenen Delegationen an der Abrüstungskonferenz setzen sich bereits mit dieser schwedischen Idee auseinander. Der zweite Mann der Amerikaner, Botschafter Timberlake, erklärte: "Wir wären sehr glücklich, wenn die Schweden eine Formel unterbreiten würden, die sowohl die Russen wie uns zufriedenstellen könnte."

Katholische Kirche und SPD - Wandlung auf beiden Seiten

---

Eine Verständigung wird kommen

Waldemar von Knoeringen, Mitglied der SPD-Regierungsmannschaft, äußerte sich in folgendem Interview zum Verhältnis Katholische Kirche - Sozialdemokratische Partei.

- 1.) Herr von Knoeringen, Sie gelten als einer der Befürworter einer Verbesserung des Verhältnisses der SPD zur katholischen Kirche. Sehen Sie hierfür eine reale Möglichkeit?

Antwort: Eine solche reale Möglichkeit besteht sicher, das haben die Gespräche gezeigt, die bisher zwischen repräsentativen Persönlichkeiten der Katholischen Kirche und der SPD geführt wurden. In Bayern denke ich vor allem an die Tagungen in der katholischen Akademie und das Treffen der Bodensee-Internationale. Diese Veranstaltungen liegen nun schon einige Jahre zurück. Seitdem ist es jedoch immer wieder zu neuen Gesprächen gekommen.

Die Möglichkeit der Verständigung ist durch die geschichtliche Entwicklung gegeben. Beide Gesprächspartner SPD und Katholische Kirche, haben sich gewandelt. Das Konzil ist ein deutliches Zeichen dieser Wandlung auf der katholischen Seite, und das Godesberger Grundsatzzprogramm der SPD hat von seiten katholischer Publizisten und Theologen durchaus positive Stellungnahmen erhalten.

Das Verhältnis der SPD zur Religion ist ein anderes, ein positives geworden. Das Recht aus seinem Glauben zu leben muß jedem Menschen zuerkannt werden. Die Aufgabe einer demokratischen Partei ist es, das Recht zu sichern und das Mitsprechen von Glaubensgemeinschaften und Kirchen in einem freiheitlichen Staate möglich zu machen. Daher kann sich eine politische Partei nicht für eine bestimmte Religion oder Kirche erklären.

Die Kirche sucht ja auch selbst das Gespräch; die Päpste Johannes XXIII. und Paul VI. haben in ihren Enzykliken *Pacem in Terris* und *Ecclesiam Suam* die Kirche als "Kirche des Dialogs" definiert. Diesen Dialog, dieses Gespräch gilt es zu führen, offen und ohne Vorurteile.

- 2.) Oft wird behauptet, das Vorgehen der SPD sei rein wahltaktisch begründet. Insbesondere wurde das im Zusammenhang mit dem Papstbesuch im vorigen Jahr geäußert, an dem Sie ja teilgenommen haben.

Antwort: Diese Behauptung ist völlig aus der Luft gegriffen. Die SPD hat in ihrem Grundsatzzprogramm klar dargelegt, wie sie die Stellung der Kirchen im demokratischen Staat sieht. Sie hat hier ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Kirchen kundgetan und zugleich die Achtung ihrer Eigenständigkeit ausgesprochen.

Am 5. März 1964 war es zum ersten Male in den hundert Jahren ihrer Geschichte, daß fünf Sozialdemokraten als Vertreter ihrer Partei zur Audienz beim Oberhaupt der Katholischen Kirche empfangen wurden. Als Teilnehmer dieses für das Verhältnis von Katholischer Kirche

und Sozialdemokratie bedeutungsvollen Gesprächs, konnte ich feststellen, daß von seiten der Katholischen Kirche das Tor für weitere Begegnungen offen ist und daß der Dialog um die Grundfragen unseres menschlichen und gesellschaftlichen Seins ehrlich und in gegenseitiger Achtung geführt werden kann.

Im Übrigen zeigt das Verhalten der SPD in der Frage des Niedersächsischen Konkordats, daß es ihr nicht um Wahltaktik, sondern um die Verwirklichung ihrer im Godesberger Programm niedergelegten Prinzipien geht.

3.) Wo sehen Sie Anknüpfungspunkte für ein Gespräch mit der Katholischen Kirche?

Antwort: Ein wichtiger Punkt ist hier der Wandel unserer Vorstellung über das Wesen des Menschen und über den gesellschaftlichen und geschichtlichen Prozeß. Wir sehen nicht mehr alles Böse und Versagen des Menschen allein aus seinen sozialen Verhältnissen geprägt. Die SPD erwartet nicht "das Heil" von einer Reform der gesellschaftlichen Ordnung. Hier hat sich der Standpunkt der SPD dem katholischen genähert. In einzelnen Punkten, sowohl bei der sozialen Frage, wie auch bei der Wirtschaftsordnung gibt es weitgehende Übereinstimmung. Ähnliches gilt für manche Fragen der Gesellschaftsordnung und besonders für die praktischen Forderungen der katholischen Soziallehre. Einen ganz einfachen Anknüpfungspunkt sollte man dabei nicht übersehen: Immer mehr Katholiken sind Wähler und auch Mitglieder der SPD. Schon vor zehn Jahren habe ich die Auffassung vertreten: Die Stunde des Gesprächs auch mit der Katholischen Kirche wird kommen. Heute fühle ich mich bestätigt. Die Stunde des Gesprächs ist da, wir werden es führen, ehrlich, ernst und mit dem Ziel der Überwindung noch vorhandener Vorurteile.

4.) Ist aber nicht gerade von der Gesellschaftslehre her die Ablehnung des Sozialismus durch Papst Pius XI. in der Enzyklika Quadragesimo Anno begründet worden?

Antwort: Die Gesellschaftslehre, die der Papst 1931 in der Enzyklika Quadragesimo Anno verurteilt hat, wurde von der SPD nie vertreten. Der Papst verurteilt die vollständige Unterordnung des Menschen unter den Produktionsprozeß. Die SPD fordert dagegen im Godesberger Programm im Abschnitt "Grundwerte des Sozialismus": "Die Sozialisten erstreben eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft verantwortlich am politischen und kulturellen Leben der Menschen mitwirken kann". Den Arbeiter von der Sklaverei der völligen Unterwerfung unter den Produktionsprozeß zu befreien, war und ist ein Hauptanliegen Sozialdemokratischer Politik.

Verurteilt wird in der Enzyklika nur ein Sozialismus, der eine Gesellschaftsordnung vertritt, "die bedenkenlos die höheren Güter des Menschen, nicht zuletzt das Gut seiner Freiheit... in restloser Unterordnung unter die Sachnotwendigkeiten der absolut rationalsten Gütererzeugung opfert". Soweit wörtlich der Text der Enzyklika.

So konnte schon 1931, im Erscheinungsjahr der Enzyklika, das damalige Oberhaupt der englischen Katholiken unwidersprochen erklären, die Labour-Party sei nicht sozialistisch im Sinne der Enzyklika. Gleich-

ches traf und trifft auch für die SPD zu.

- 5.) Kann aber die SPD die katholische Naturrechtslehre und die Lehre vom Subsidiaritäts-Prinzip übernehmen?

Antwort: Selbstverständlich kann die SPD diese Lehren nicht übernehmen. Eine Partei ist eben keine Weltanschauungsgemeinschaft. Die Naturrechtslehre, wie die Lehre vom Subsidiaritäts-Prinzip sind Bestandteile der katholischen Glaubenslehre und werden von Andersgläubigen zum Teil abgelehnt. Eine pluralistische Partei, die ehrlich sein will, kann sie also gar nicht übernehmen, ohne gegen den Grundsatz der Überkonfessionalität zu verstoßen.

Allerdings genügen viele Forderungen des Grundsatzprogramms der SPD auch den Ansprüchen der Naturrechtslehre und des Subsidiaritäts-Prinzips. Wichtig ist, daß die Inhalte der sozialdemokratischen politischen Vorstellungen keinen grundsätzlichen Gegensatz zur katholischen Auffassung begründen. Gründliche Untersuchungen über die Frage der Vereinbarkeit des Godesberger Programms mit den Enzykliken Mater et Magistra und Pacem in Terris haben gezeigt, daß die SPD keine Grundsätze vertritt, die mit diesen päpstlichen Sendeschreiben unvereinbar wären, im Gegenteil sie decken sich in vieler Hinsicht.

- 6.) Kardinal Döpfner hat in einer Predigt am Vorabend des 1.5.1965 in München festgestellt, die Brücke, die über den Abgrund zwischen SPD und Kirche geschlagen wird, sei nicht befahrbar. Was meinen Sie hierzu?

Antwort: Die Situation in Bayern ist besonderer Art, aber auch der Kardinal gibt mit seinem Argument zu, daß an einem Brückenschlag gearbeitet wird. Über die Tragfähigkeit dieser Brücke sind die Meinungen der katholischen Theologen durchaus nicht einheitlich. Ich darf Sie in diesen Zusammenhang auf Stellungnahmen eines so profilierten Theologen wie Pater von Well-Brauning hinweisen. Viele Katholiken haben die Brücke durch ihre Wahlentscheidung und durch ihr Engagement in der SPD bereits beschritten. Ich habe unter meinen engeren Mitarbeiterern strenggläubige Katholiken.

Ob die Brücke befahrbar ist, das ist eine Frage der Praxis und des guten Willens. Papst Johannes der XXIII. glaubte an die Kräfte des guten Willens.

Immerhin gibt es im Gespräch mit der katholischen Kirche Probleme, die noch zu lösen sind, gerade in Bayern. Aber wir haben Geduld und wir werden uns durch nichts unseren guten Willen nehmen lassen.

- 7.) Wo würden Sie besondere Probleme sehen und wie glauben Sie, daß sie gelöst werden können?

Antwort: Wichtigstes Problem ist wohl die Schulfrage. Die katholische Kirche bestand in Bayern immer auf der Bekenntnisschule. Wir fordern aus staatspolitischen und pädagogischen Gründen die Gemeinschaftsschule. Entscheidend sollte die Frage sein, ob eine Schule den modernen Anforderungen entspricht, vor allem, ob sie genügend gegliedert ist. Hier ist eine Annäherung des katholischen Standpunktes festzustellen. Das Konkordat mit Niedersachsen ist ein "Meilenstein auf dem Weg zur Verständigung"; dort wurde die Gemein-

schaftsschule als Regelschule auch von der Katholischen Kirche akzeptiert. Ein besonderes Problem in Bayern ist die Reform der Landschule und die Novellierung des Lehrerbildungsgesetzes. Auch hier erwarte ich eine größere Aufgeschlossenheit der Katholischen Kirche bei der Überwindung der Schwierigkeiten in bezug auf die Konfessionalisierung unseres Schulwesens.

8.) Wie ist Ihre Haltung zum Konkordat in Niedersachsen? Was sagen Sie zu dem Vorwurf, die SPD habe ihre Kulturpolitik verraten?

Antwort: Von einem Verrat kann keine Rede sein. Die SPD hat klar zu erkennen gegeben, daß sie die Gewissensentscheidung Andersdenkender achtet, wie sie das auch in ihren Bildungspolitischen Leitsätzen niedergelegt hat. Gewissensentscheidungen lassen sich nicht durch Gesetze regeln. Den vertraglichen Niederschlag dieses Grundsatzes der SPD stellt das Konkordat dar. Verträge sind immer das Ergebnis von Kompromissen und zwar auf beiden Seiten.

Zwar akzeptierte auch das Bayerische Konkordat die Gemeinschaftsschule als Alltagschule, doch bestand die Kirche hier noch auf dem grundsätzlichen Recht, in jedem Dorf auf Antrag der Eltern eine Bekenntnisschule errichten zu lassen, selbst wenn sie nur einklassig wäre. Die Bayerische Verfassung hat die Konfessionsschule sogar zur Regelschule erklärt, während Gemeinschaftsschulen nur auf Antrag errichtet werden können. Im Niedersächsischen Konkordat dagegen ist in den Vereinbarungen über die Mindestzahlen von Schülern in einer Schule zugleich eine grundsätzliche Anerkennung einer Mindestgliederung der Schule gegeben.

Ein wesentlicher Fortschritt liegt auch in der Zustimmung zur Zusammenlegung von Bekenntnisschulen mit "Gemeinschaftsschulen mit überwiegender katholischer Mehrheit" zu Mittelpunktschulen, die wiederum den Charakter von Gemeinschaftsschulen tragen.

9.) Sie sind also der Meinung, die SPD sei für den Katholiken durchaus wählbar?

Antwort: Das ist nicht nur meine Ansicht. Ich darf Sie auf einen Artikel aufmerksam machen, den Professor Klüber von der Philosophisch-Theologischen Hochschule in Regensburg in der Zeitschrift "Die Neue Gesellschaft" veröffentlicht hat und in dem er zu diesem Schluß kommt. Aber es ist heute nicht mehr eine Frage des Meinens, sondern eine reale Tatsache. Wie bereits erwähnt, wählen die deutschen Katholiken in wachsendem Maße die SPD und auch die Zahl der katholischen Mitglieder steigt ständig.

10.) Viele Geistliche sind aber doch anderer Ansicht. Immer wieder hört man von Angriffen auf die SPD von geistlicher Seite, auch von der Kanzel aus.

Antwort: Solche Angriffe sind mir bekannt. Aber man sollte sie nicht überbewerten. Fanatiker gibt es auf beiden Seiten. Niemand sollte sich von ihnen provozieren lassen. Auch Geistliche haben das Recht, zu parteipolitischen Fragen Stellung zu nehmen und Partei zu ergreifen. Sie sollten es sich allerdings überlegen, ob die Kanzel hierfür der richtige Ort ist. Aber das ist mehr eine Frage,



die die Kirche selbst angeht. Wenn Geistliche parteipolitisch Stellung nehmen, müssen sie sich auch gefallen lassen, als Parteipolitiker behandelt zu werden.

1.) Ist die gegnerische Haltung in der Geistlichkeit allgemein oder können Sie auch auf andere Beispiele hinweisen?

Antwort: Ich habe nicht den Eindruck, daß die gegnerische Haltung in der Geistlichkeit allgemein wäre. In meinen persönlichen Gesprächen mit katholischen Geistlichen bin ich immer wieder auf große Aufgeschlossenheit in der Diskussion gestoßen und habe die Bereitschaft gefunden, Sachprobleme sachlich zu diskutieren. Im Übrigen kann man ja durchaus feststellen, daß auch die offiziellen Erklärungen der Katholischen Kirche zunehmend sachlicher werden. Die Erklärung des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken vom November 1964 ist meiner Meinung nach eine gute Basis für ein sachliches Gespräch.

2.) Sie würden also sagen, daß die Verständigung kommen wird? Halten Sie es für möglich, daß die SPD dann als eine "christliche" Partei auftreten würde?

Antwort: Eine Verständigung wird kommen. Sie liegt im Zuge der Zeit, dessen bin ich sicher. Die Verständigung ist auch notwendig wegen der großen Zahl katholischer Christen, die sich zu den politischen Zielen der SPD bekennen und die gleichzeitig treue Mitglieder ihrer Kirche sind. Die SPD ist eine Volkspartei. Sie kann deshalb keine Weltanschauungspartei sein. Sie muß vielmehr ein Spiegelbild der pluralistischen Gesellschaft in unserer Volke sein. Die Benutzung christlicher Argumente als Wahlkampfthesen lehnt sie ab. Nicht aus Mißachtung gegenüber dem Christentum, sondern vielmehr aus Ehrfurcht vor den Glaubensüberzeugungen ihrer Wähler. Im Wahlkampf stehen politische Entscheidungen zur Debatte. Sie müssen auch mit politischen Argumenten begründet werden.

Auf jeden Fall wird das große Gespräch mit dem Katholizismus und mit der Katholischen Kirche weitergehen, auch in Bayern. Ich werde mich ganz dafür einsetzen, denn ich bin mir bewußt, welche große Bedeutung eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Kirchen und der Sozialdemokratie für die Zukunft eines freiheitlichen Bayernlandes hat.